

Nur ein Prozent des Bruttosozialprodukts

POTS DAM ■ „Eine Pionierveranstaltung“, nannte vergangene Woche der Chef des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung (Pik), Joachim Schellnhuber, die Konferenz „Low Stabilisation Scenarios“, die sich mit der Stabilisierung der Klimaerwärmung auf möglichst niederem Niveau beschäftigte. Die Forscher aus Deutschland, den Niederlanden, den USA und Italien hatten sich nicht lange bitten lassen, um in Potsdam über die Strategien, Technologien und Kosten für eine Energiewende zu debattieren. Weg von den fossilen Brennstoffen, heißt die Devise. Nur so kann die globale Erwärmung in den nächsten hundert Jahren auf zwei Grad begrenzt werden.

Die schlechte Nachricht der Vorträge: Auch wenn es die

Menschheit schafft, die Klimaerwärmung durch das Vermeiden von Kohlendioxid auf diese zwei Grad Anstieg zu begrenzen, muss sie sich auf einiges gefasst machen. Zum Beispiel könnten tiefliegende Küstenregionen Probleme bekommen, und Wetterereignisse wie der Hurrikan „Katrina“ könnten sich häufen.

Die gute Nachricht: Wenn die Weltgemeinschaft zum Beispiel beim Emissionshandel an einem Strang zieht und die Wirtschaft in neue Energiesparten investiert, kostet die für den Klimaschutz notwendige Energiewende in den nächsten hundert Jahren nur ein Prozent des globalen Bruttosozialprodukts. Das würde nur bedeuten, dass die Weltwirtschaft ein bisschen langsamer wächst und sechs Monate

länger braucht, um ein bestimmtes Niveau zu erreichen.

Pik-Chef Schellnhuber betonte die dramatische Lage: „Als die Welt im Durchschnitt zwei bis drei Grad wärmer war, lag der Meeresspiegel 50 Meter höher“, so der Physiker. Zum Vergleich: Schon ein um einen Meter ansteigender Meeresspiegel würde Venedig in Bedrängnis bringen.

Nicht nur die Politik hat deshalb die Zeichen der Zeit er-



Eine Warnung für Skeptiker der Klimaerwärmung. Auch die Sturmflut 2005 in New Orleans könnte ihre Ursache im Treibhauseffekt gehabt haben. FOTO: DPA

kannt. Auch die Industrie – vor 15 Jahren beim Thema Klimawandel noch auf beiden Ohren taub – denkt um. Kein geringerer als der Chef des briti-

schen Mineralölkonzerns BP, der inzwischen als „Beyond Petrol“ (Jenseits von Benzin) ausgesprochen werden möchte, forderte jüngst die

Einführung einer Kohlendioxidsteuer. Und der Energiegigant Vattenfall Europe testet in der Lausitz, wie das Treibhausgas Kohlendioxid eingefangen und zum Beispiel in unterirdischen Anlagen gebunkert werden könnte.

Laut Pik-Mitarbeiter Ottmar Edenhofer, von Hause aus Wirtschaftswissenschaftler, war es allen Kongressteilnehmern klar, dass spätestens ab 2030 die Emission von Kohlendioxid radikal gesenkt werden muss. „Der dafür notwendige Umbau des Energiesystems braucht den Vergleich mit anderen Menschheitsherausforderungen nicht zu scheuen“, so Edenhofer. Als Alternativen diskutierten die Forscher erneuerbare Energien etwa auf Grundlage von Biomasse – eine besonders auch für Brandenburg interessante Perspektive – und das Einfangen von Kohlendioxid und seine Lagerung im Untergrund, um Zeit für den Energiewandel zu gewinnen. Für diese Strategie spricht insbesondere das Vorkommen billiger Kohle. Umstritten ist eine behutsame Besinnung auf die Kernenergie.

Edenhofer plädierte für einen weltweiten „Kohlendioxidmarkt“, in den vor allem auch die USA, China und Indien integriert werden müssten: „Wenn der CO₂-Preis steigt, werden andere Energieformen rentabel.“ Dann würden Investitionen mobilisiert, die die Effizienz der anderen Energieträger steigerten. So könnte zum Beispiel die Entwicklung von Kraftwerksparks im wirtschaftlich ehrgeizigen China beeinflusst werden. bra